

## **Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern**



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.08.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

- 1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die  
2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im  
3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt  
4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen  
5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht  
6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im  
7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner  
8 feindlich gegenüberstehen.
- 9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten  
10 Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als  
11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem  
12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und  
verachtet  
13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie  
14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so  
15 nicht mehr.
- 16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben  
sich  
17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann  
18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben  
19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das  
20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr  
21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht  
22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder  
überschwemmten  
23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die  
24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung  
25 verschärfen.
- 26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als  
27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen  
28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik  
29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.
- 30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich Europa  
31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird  
32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke entlang von  
33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die zentrale  
34 Aufgabe der nächsten Jahre.

**35 4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur  
38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und  
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen  
41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort  
42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.  
43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten  
44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch  
45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen  
46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und  
47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung  
49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und  
50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU nur  
51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU  
52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen  
53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an  
54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement nicht  
55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von  
56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht  
57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und  
58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den  
59 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern  
60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb  
61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und  
62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und Weise, wie  
64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen  
65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer Regime. Damit  
66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und ökologischer  
67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar  
69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an  
70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so  
71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU  
72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung  
73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine  
74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und  
75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen Unternehmen,
- 78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und
- 79 Menschenrechtsverteidiger\*innen.

#### 80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn  
82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur  
83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin  
84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale  
85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe  
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen  
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf  
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU muss ihr  
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für Frieden und  
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die  
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung im  
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

94 Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen

95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.  
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische  
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle  
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem  
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten  
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser  
101 Klimaabkommens.

102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der  
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre  
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere  
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass  
106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention  
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für  
108 Menschenrechte verantworten müssen.

109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen  
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines  
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei zentralen  
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal der  
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von Kriegsverbrechen  
114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden.  
115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen  
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden – und sich  
117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz für die

118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine internationale  
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des  
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit  
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle  
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch friedens erzwingende  
Maßnahmen  
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und  
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im  
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell  
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine  
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab  
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,  
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von  
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen  
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale  
133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des  
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die  
135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu  
136 diskreditieren, zurück.

137 Konsequenz für EU-Recht beim Brexit

138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der

139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten Stimmungen  
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein  
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht  
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen  
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger\*innen über das  
144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die  
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als  
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben.  
147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,  
148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten  
Zugang

149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht  
150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der  
151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten,  
152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die  
153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens  
154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach  
155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

156 Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,  
158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans  
159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das

160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits  
161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von  
162 Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir  
163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht und beiden

164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen  
166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern  
167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende  
168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur\*innen des Westbalkans  
169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen  
170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin  
171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr  
172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar  
173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der  
174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt  
175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:  
176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von  
177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung  
178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese  
179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht werden  
181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU nach  
182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 Transatlantische Partnerschaft erhalten

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident  
185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim  
186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der  
187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf  
188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-  
189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann  
190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt  
192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.  
193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit  
progressiven

194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen,  
195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel  
196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen  
197 Akteur\*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie  
198 Digitalisierung, setzen.

199 Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas  
201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft

202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine  
203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche  
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische Grundwerte

205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,  
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in  
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung der  
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu  
209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit der EU  
210 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem  
212 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen in  
213 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen  
214 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische  
215 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten  
216 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim  
217 ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete Südossetien und  
218 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen Gebieten. Die  
219 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre  
220 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts im  
221 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und  
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der  
224 Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker  
225 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die gezielten  
226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von

227 Aktivist\*innen, Journalist\*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit Sorge  
228 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu  
229 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa.  
Das

230 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche  
231 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten  
232 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in  
233 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit  
234 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung lassen  
235 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

236 Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten

237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben  
238 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür  
239 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der Krieg  
240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige  
241 syrische und russische Militärangehörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU eingefroren  
242 werden.

243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump  
könnte  
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein  
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen  
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die  
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-Abkommen am  
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen. Zusätzlich  
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer  
Friedensordnung  
250 bemühen.

251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen  
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht  
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind  
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um

255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie  
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der  
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.  
258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende  
259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen  
260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst  
261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen  
262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen  
263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine  
264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine  
265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit  
267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte

268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen  
269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter  
270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür  
271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu  
272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen  
273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und  
274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-  
275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg auch noch  
276 anheizt.

277 Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren. Aber  
279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen Regierung  
280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz schwerer  
281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene  
283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf

284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die  
285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die  
286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht  
287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je  
muss  
288 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene  
289 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden,  
290 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle  
291 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung  
292 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach  
294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten  
295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,  
297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu  
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt  
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-Deal wollen  
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme  
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit  
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:  
304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für  
305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler  
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei  
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb,  
308 die noch bestehenden EU-Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen  
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

310 Zukunftspakt mit Afrika

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung.  
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem  
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige Agrar-,  
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft zuwider.  
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die am  
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere  
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort  
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem  
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der  
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen  
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und transparenten  
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige Entwicklung  
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an der  
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der Aktionsagenda  
von  
325 Addis Abeba orientiert.



## 326 Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger  
 328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst  
 329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit  
 330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den  
 331 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen  
 332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.  
 333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der  
 334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der  
 335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans  
 einschließt.

336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas  
 337 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit  
 339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen  
 340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur  
 341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft  
 342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen  
 343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

## 344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
- 348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer  
 352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im  
 353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt  
 354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir  
 355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur  
 356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen  
 357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-  
 358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich  
 359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die Sicherheit  
 360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner  
 362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und  
 363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,  
 364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten  
 365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst  
 366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer

367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die  
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den  
370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die  
371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im  
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,  
373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel und das  
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen  
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.  
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner  
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für  
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen

380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen  
sowohl

381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch  
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen fordern  
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.  
386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Auch  
387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in Diktaturen  
388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von  
389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008)  
390 rechtsverbindlich und einklagbar werden.

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und  
392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch  
auf

393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszudehnen. Wir  
394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in  
395 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie sich  
396 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen. Außerdem  
397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein  
398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von  
401 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und  
402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür  
403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker  
404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit  
405 Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die  
406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen  
407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen

408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte  
409 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale  
410 Rüstungssektoren zu pumpen.

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts  
412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine  
413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100  
414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser  
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und  
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der  
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im  
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein  
419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan wird, darf  
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir eine  
421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets im Sinne  
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben  
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler  
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von  
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein  
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur innerhalb der  
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile  
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von  
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die  
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.  
432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch  
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass  
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und  
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen  
437 der  
438 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch  
439 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale  
440 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber  
441 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die  
442 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen  
443 gegen die Menschlichkeit

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts  
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir  
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie  
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von  
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.  
450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen  
451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der  
452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder  
453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an  
454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir  
455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche  
456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur  
458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI  
oder  
459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung  
460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv  
461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, muss  
462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und  
im  
463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile  
464 Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen  
465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
- 468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,
- 470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

#### 471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte  
473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.  
474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise  
475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen  
476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb  
477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale,  
478 ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie  
479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit und  
480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte  
481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn  
482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume zur  
483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn unsere  
484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist der  
485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften  
486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter Fluchtbewegungen, um  
488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von

Verfolgung,

489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die strukturellen  
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser Lebensstil, unsere  
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen von

492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in  
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass  
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören.  
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit  
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es eine  
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,  
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen  
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung  
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind. Wir  
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der  
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.  
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich  
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der Pflicht  
506 und müssen gemeinsam vorgehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns  
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und  
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer  
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die  
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder  
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,  
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung  
514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem  
515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen  
516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen  
517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für  
522 humanitäre Hilfe.

#### 523 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen  
525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut  
526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von  
527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch  
528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen  
529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale

530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die  
531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt  
533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische  
534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

535 Global und demokratisch

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation  
(WTO)  
537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen  
538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder  
539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.  
540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am  
541 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder  
542 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten  
544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der  
WTO.

545 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem  
546 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für  
548 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll  
sein.

549 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter  
550 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen Umwelt-  
und  
551 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Getrieben  
552 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik  
553 vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil verkehrt.  
554 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen  
555 Umweltschutz, Arbeitnehmer\*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft werden.

556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf  
557 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA  
558 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das  
559 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische  
560 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel  
562 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Pariser  
563 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die Chance,  
es  
564 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national  
566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht  
567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die  
569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade  
570 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Gleichzeitig ist  
571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext  
geflogen.

572 Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und  
573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.

574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die die  
575 Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonderschiedsgerichte für  
576 Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das  
577 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für private  
578 Investoren ab.

579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor  
580 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung  
581 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale  
582 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen  
583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch  
584 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder  
geschwächt  
585 werden.

586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung  
587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und  
588 Verbraucher\*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU  
589 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-  
590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte  
591 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

592 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und  
593 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von  
594 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

595 Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte

596 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte  
597 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen  
598 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden,  
599 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU Handelsvergünstigungen  
600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige  
601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind gesetzliche  
602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der EU –  
603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen  
604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und  
Transparenz  
605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und Arbeiter\*innenrechte  
606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen  
608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als  
609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich  
umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf  
611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,  
612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel  
613 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO-  
konform  
614 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte  
616 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein  
617 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen  
618 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in  
619 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung  
621 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig  
622 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden.

Kommunen  
623 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 Faire Rohstoffpolitik

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion  
626 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird  
627 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente  
628 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende  
629 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert  
630 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder  
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit  
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber

634 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire  
635 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung  
636 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche  
637 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines  
638 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders  
639 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den  
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen  
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch  
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der  
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen



646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen  
 647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu  
 648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer  
 649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte  
 sind

650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss ihnen  
 651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für  
 652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und  
 junge

653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für  
 654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es  
 655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste  
 656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf  
 657 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie  
 658 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 Fairer Handel auch in der Landwirtschaft

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und  
 661 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb lehnen wir  
 662 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit  
 663 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut sowie  
 664 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche Institutionen dazu  
 665 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu  
 666 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch

667 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren bereits jetzt  
 668 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten  
 669 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt  
 670 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern  
 671 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen  
 672 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die  
 673 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger  
 674 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft  
 675 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen  
 678 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

#### 681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,  
 683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument\*innen, verletzt Menschenrechte und trägt  
 zur

684 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche

685 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die  
686 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich  
687 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.  
688 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern  
689 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union sollte  
690 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen, die  
691 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt. Wir  
692 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von  
693 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.